

POSTEINGANG 18.07.2024

NZB Einlegung

FRIST 19.08.2024 VORFRIST ----

gericht



für Oberlandesgericht München

Rückfragen: [REDACTED]

Rechtsanwälte

Gansel Rechtsanwälte

[REDACTED]

Tele

fon:

+49

(82

1)3

105

-0

Telefax: +49(9621)96241-4235

Zimmer: 108a

Sie erreichen die zuständige Stelle am besten:

Mo. - Do.: 08:00 - 12:00 Uhr und 13:00 Uhr - 15:15 Uhr

Fr.:

08:0

0

Uhr

-

12:0

0

Uhr

Telefondurchwahl der

jeweiligen Bearbeiterin:

+49(821)3105-

Frau [REDACTED]: - 2583 (Di.-Fr.)

Frau [REDACTED]: - 2514

Ihr Zeichen

[REDACTED]

In dem Rechtsstreit

[REDACTED], A. ./ Mercedes-Benz Group AG
wg. Schadensersatz

Sehr geehrte Damen und Herren
Rechtsanwälte,

anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift
des Urteils vom 18.07.2024.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED], JAng

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt
und ist ohne Unterschrift gültig.

Datenschutzhinweis:

Informationen zum Datenschutz erhalten Sie
unter

<https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und->

Bitte bei Antwort angeben

Akten- / Geschäftszeichen

24 U 330/23 e

Datum

18.07.2024

Stadttheater (ca. 160 m)

Oberlandesgericht München

Az.: 24 U 330/23 e

32 O 248/22 LG Memmingen



IM NAMEN DES VOLKES

In dem Rechtsstreit

[REDACTED],
[REDACTED]

- Kläger und Berufungskläger -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte **Gansel** Rechtsanwälte,
Wallstraße 59, [REDACTED], Gz.:
[REDACTED]

gegen

Mercedes-Benz Group AG, vertreten durch d.
Vorstand,

[REDACTED]
[REDACTED]

- Beklagte und Berufungsbeklagte -

Prozessbevollmächtigte:

[REDACTED]
[REDACTED],
[REDACTED]
[REDACTED],

Gz.: [REDACTED]

wegen Schadensersatz

erlässt das Oberlandesgericht München - 24.
Zivilsenat - durch den Vorsitzenden Richter am
Oberlandesgericht Kahl, die Richterin am
Oberlandesgericht Hartmann und die Richterin
am

Oberlandesgericht Laser aufgrund der
mündlichen Verhandlung vom 27.06.2024
folgendes

Endurteil

(abgekürzt nach §§ 540 Abs. 2, 313a Abs. 1
ZPO)

- I. Auf die Berufung des Klägers wird das Urteil des Landgerichts Memmingen vom 16.12.2022, Az. 32 O 248/22, teilweise abgeändert und wie folgt neu gefasst:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 3.200 € nebst Zinsen hieraus in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit 18.03.2022 zu zahlen.
 2. Im übrigen wird die Klage abgewiesen.
- II. Die weitergehende Berufung des Klägers wird zurückgewiesen.
- III. Von den Kosten des Rechtsstreits in beiden Instanzen tragen der Kläger 75 % und die Beklagte 25 %.
- IV. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.
- V. Die Revision gegen dieses Urteil wird nicht zugelassen.

Gründe:

Die Klage ist zulässig, jedoch nur teilweise begründet.

I.

Nach der zulässigen Klageänderung mit Schriftsatz vom 07.03.2024 (Bl. 149 d. A.) begehrt der Kläger nur noch den Differenzschaden in Höhe von 15 % des Kaufpreises nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV. Dieser Anspruch besteht lediglich in Höhe von 3.200 € nebst Prozesszinsen seit Rechtshängigkeit.

1.

Wie der Bundesgerichtshof in seinem Leiturteil vom 26.06.2023 (VIa ZR 335/21 – NJW 2023, 1111) und weiteren Urteilen vom selben Tag (VIa ZR 533/21 – NJW 2023, 2270; VIa ZR 1031/22

-

NJOZ 2023, 1133) entschieden hat, steht dem Käufer eines mit einer unzulässigen Abschalteneinrichtung im Sinne des Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 versehenen Kraftfahrzeugs unter den Voraussetzungen des § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV ein Anspruch gegen den Fahrzeughersteller auf Ersatz des Differenzschadens zu.

Diese Voraussetzungen liegen hier vor.

a) Das streitgegenständliche Fahrzeug verfügt über eine Abschaltvorrichtung im Sinne des Art. 3 Nr. 10 der Verordnung in Gestalt eines Thermofensters.

aa) Für die Frage, ob es sich bei einer auf das Emissionssystem eines Autos einwirkenden Vorrichtung um eine Abschaltvorrichtung im Sinne des Art. 3 Nr. 10 der Verordnung handelt, kommt es nach der [REDACTED] des Bundesgerichtshofs (Urteil vom 26.06.2023 – VIa ZR 335/21 –

juris Rn. 51) „für die Wirkung der Funktionsänderung auf das Emissionskontrollsystem in seiner Gesamtheit an, etwa auf die kombinierte Wirkung von Abgasrückführung und -reinigung. Maßstab für die Frage der Zulässigkeit einer Funktionsveränderung in Abhängigkeit von bestimmten Parametern ist nach Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 nicht die Einhaltung des Grenzwerts, sondern die Wirksamkeit des unverändert funktionierenden Emissionskontrollsystems unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs. In diesem Zusammenhang bedarf es eines Vergleichs der Wirksamkeit des unverändert funktionierenden und derjenigen des verändert funktionierenden Gesamtsystems, und zwar jeweils unter den Bedingungen des normalen Fahrbetriebs im gesamten Unionsgebiet. Ob die Grenzwerte unter den Bedingungen des Neuen Europäischen Fahrzyklus (NEFZ) auch bei veränderter Funktion eingehalten würden, was die Beklagte unter dem Gesichtspunkt der mangelnden Grenzwertkausalität geltend macht, ist hingegen mit Rücksicht auf den Wortlaut des Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 nicht von Bedeutung. [...] Art. 3 Nr. 10 der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 knüpft an die Verringerung der Wirksamkeit des Emissionskontrollsystems in seiner Gesamtheit an und nicht an die Einhaltung der Grenzwerte im NEFZ. Das gilt ohne Rücksicht auf die jeweils eingesetzten Technologien [...]“. Dabei steht das Vorhandensein einer Abschaltvorrichtung in diesem Sinne nach den allgemeinen Regeln zur Beweislast des Klägers (BGH, a.a.O., juris Rn. 53).

bb) Der Kläger hat vorgetragen, dass die Abgasrückführung beim streitgegenständlichen Fahrzeug unterhalb einer Außentemperatur von 17° C und oberhalb 33° C reduziert werde. Wegen dieser - von der Beklagten nicht bestrittenen - temperaturbasierten Abgasstrategie erfolgte seitens des Kraftfahrt-Bundesamt ein Rückrufbescheid mit der Anordnung von Nebenbestimmungen, der bislang nicht bestandskräftig ist. Zwar trägt die Beklagte vor, dass nach Aufspielung des zur Verfügung gestellten Software-Update die Abgasrückführung erst unterhalb von -10° C und oberhalb von 40° C schrittweise reduziert werde, jedoch spielt dies für die Frage, ob das streitgegenständliche Fahrzeug zum Zeitpunkt des Erwerbs mit einem unzulässigen Thermofenster ausgestattet war, keine Rolle.

cc) Die Schadstoff- und Abgasstrategie „Thermofenster“ stellt eine unzulässige Abschaltvorrichtung i. [REDACTED] des EuGH (Große Kammer, Urteil vom 14.07.2022 – C-128/20, JW

2022, 2605) dar. Diese ist auch nicht ausnahmsweise gemäß Art. 5 Abs. 2 lit. a VO zulässig. Der Vortrag der Beklagten, die außertemperaturabhängige Steuerung der Abgasrückführung minimiere das Risiko eines plötzlichen Motorausfalls im Fahrbetrieb und des Eintritts von sicherheitskritischen Situationen und sei daher jedenfalls gemäß Art. 5 Abs. 2 lit. a VO (EG) Nr. 715/2007 zum Schutz des Motors vor Beschädigung und zur Gewährleistung des sicheren Betriebs des Fahrzeugs gerechtfertigt (vgl. Bl. 199 d. A.), genügt nicht.

Da Art. 5 Abs. 2 lit. a VO eine Ausnahme vom Verbot der Verwendung von Abschaltvorrichtungen enthält, die die Wirkung von Emissionskontrollsystemen verringern, ist Art. 5 Abs. 2 lit. a der VO Nr. 715/2007 eng auszulegen (EuGH ECLI:EU:C:2022:570 = NJW 2022, 2605 Rn. 50 – GSMB In-

vest). Was die Begriffe „Unfall“ und „Beschädigung“ in Art. 5 Abs. 2 lit. a der VO Nr. 715/2007 betrifft, hat der EuGH entschieden, dass eine die Wirkung des Emissionskontrollsystems verringende Abschaltvorrichtung, um nach dieser Bestimmung zulässig zu sein, es ermöglichen muss, den Motor vor plötzlichen und außergewöhnlichen Schäden zu schützen (EuGH ECLI:EU:C:2020:1040 = NJW 2021, 1216 Rn. 109 – CLCV ua [Abschaltvorrichtung für Dieselmotoren]). Die Verschmutzung und der Verschleiß des Motors können nicht als „Beschädigung“ oder „Unfall“ im Sinne der genannten Bestimmung angesehen werden, denn sie sind im Prinzip vorhersehbar und der normalen Funktionsweise des Fahrzeugs inhärent (EuGH ECLI:EU:C:2020:1040 = NJW 2021, 1216 Rn. 110 – CLCV ua [Abschaltvorrichtung für Dieselmotoren]; EuGH NJW 2022, 2605, Rn. 53, 54).

b) Die Beklagte hat mit dem Inverkehrbringen des Fahrzeugs gegen §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV verstoßen, da eine unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung erteilt wurde.

Unzutreffend ist eine Übereinstimmungsbescheinigung, wenn das betreffende Kraftfahrzeug mit einer gem. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 715/2007 unzulässigen Abschaltvorrichtung ausgerüstet ist, weil die Bescheinigung dann eine tatsächlich nicht gegebene Übereinstimmung des konkreten Kraftfahrzeugs mit Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 715/2007 ausweist (vgl. Urteil des BGH vom 26.6.2023, VIa ZR 335/21, Rn. 34).

c) Das Verschulden der Beklagten in Form von Fahrlässigkeit wird im Rahmen des Schadensersatzanspruchs nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV vermutet (BGH NJW 2023, 2259 Rn. 44). Es ist auch nicht infolge des Vortrags der Beklagten zu einem unvermeidbaren Verbotsirrtum bzw. einer hypothetischen Genehmigung widerlegt.

Gemessen an den vom Bundesgerichtshof aufgestellten Grundsätzen (vgl. BGH, Urteil vom 25.09.2023 - VIa ZR 1/23 Rdnr. 14) fehlt es hier - auch in Ansehung der weiteren Stellungnahme

im Schriftsatz vom 11.07.2024 (Bl. 266 ff. d. A.) an ausreichend substantiiertem Vortrag der Beklagten. Sie hat insbesondere nicht konkret dargelegt, dass sich sämtliche ihrer verfassungsmäßig berufenen Vertreter im Zeitpunkt des Kaufvertragsschlusses über die Rechtmäßigkeit des Thermofensters mit allen für die Prüfung nach Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 715/2007 bedeutsamen Einzelheiten in einem Irrtum befanden. Substantiiertem Vortrag, welche konkreten Informationen sie dem KBA zur Abschalteinrichtung im streitgegenständlichen Fahrzeugtyp zur Verfügung gestellt hat, fehlt. Lediglich „zur Illustration“ hat die Beklagte „auszugsweise und beispielhaft“ auf „Anlagen

zu Beschreibungsbögen betreffend Motoren der Familien OM 642 und OM 651“ (Bl. 266 d. A.) verwiesen. Da das KBA mittlerweile einen Rückruf für das streitgegenständliche Fahrzeug angeordnet hat, ist ein schutzwürdiges Vertrauen darauf, dass diese die Billigung des KBA finden würde, nicht anzunehmen. Dies gilt unabhängig davon, dass die Anordnung aufgrund einer Klage der Beklagten noch nicht bestandskräftig ist; selbst wenn die Klage Erfolg haben sollte, änderte dies nichts daran, dass die Beklagte im Fall einer Offenbarung der unzulässigen Abschalteinrichtung die Typgenehmigung vom KBA nicht wie beantragt erhalten hätte.

2.

Zur gemäß § 287 Abs. 1 Satz 1 ZPO zu schätzenden Höhe des somit dem Grunde nach gegebenen Anspruchs auf Ersatz des Differenzschadens hat der Bundesgerichtshof in dem genannten Urteil vom 26.06.2023 (juris Rn. 71 bis 80) ausgeführt, dass diese Schätzung in einem Rahmen von 5 % bis 15 % des gezahlten Kaufpreises zu bemessen ist.

a) Das Bestehen eines Schadens ist nach Maßgabe der Differenzhypothese zu ermitteln, also nach Maßgabe eines Vergleichs der in Folge des haftungsbegründenden Ereignisses eingetretenen Vermögenslage mit der Vermögenslage, die ohne jenes Ereignis eingetreten wäre. Ein Vermögensschaden des Käufers im Sinne der Differenzhypothese liegt vor, wenn der Vergleich der in Folge des haftungsbegründenden Ereignisses eingetretenen Vermögenslage mit der Vermögenslage ohne das haftungsbegründende Ereignis ein rechnerisches Minus ergibt bzw. der objektive Wert des erworbenen Fahrzeugs hinter dem Kaufpreis zurückbleibt (Urteil des BGH vom 26.06.2023 - VIa ZR 335/21).

Ausgangspunkt der Berechnung ist die Differenz zwischen dem Wert eines mangelfreien und eines mangelhaften Fahrzeugs zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Diese Differenz ist abhängig von den Umständen des Einzelfalls zwischen 5 % und 15 % des Kaufpreises anzusetzen, der Einholung eines Sachverständigengutachtens bedarf es hierfür nicht (Urteil des BGH vom

26.06.2023, VIa ZR 335/21).

b) Der Senat schätzt den Schaden gemäß § 287 Abs. 1 ZPO nach Abwägung aller Umstände des Einzelfalls auf 5 % des gezahlten Bruttoeinkaufspreises von 64.000 €, mithin 3.200 €.

Hierbei hat der Senat die Auswirkungen des implementierten Thermofensters im konkreten Fahrzeug berücksichtigt. Außerdem ist dieses von einem verpflichtenden Rückrufbescheid des KBA betroffenen. Ebenfalls wurde berücksichtigt, dass ein Software-Update zur Verfügung steht, dass der Kläger bislang nicht aufgespielt hat und die Beklagte zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (lediglich) fahrlässig handelte.

Der tatsächliche Wert des Fahrzeugs betrug demnach bei Vertragsschluss 60.800 €.

c) Nutzungsvorteile und der Restwert des Fahrzeugs sind erst dann und nur insoweit schadensmindernd anzurechnen, als sie den Wert des Fahrzeugs bei Abschluss des Kaufvertrags (gezahlter Kaufpreis abzüglich Differenzschaden) übersteigen (BGH NJW 2023, 2259 Rn. 80). Das ist nicht der Fall.

Der Kläger hat das Fahrzeug am 24.11.2017 bei einem Kilometerstand von 46.345 km erworben. Zum 24.06.2024 betrug dieser 87.383 km. Bei der Schätzung des Nutzungsvorteils geht der Senat innerhalb des ihm durch § 287 ZPO eingeräumten Schätzungsermessens von einer zu erwartenden Gesamtfahrleistung von 250.000 km aus. Unter Zugrundelegung der vom Bundesgerichtshof aufgestellten Berechnungsformel begründen die vom Kläger zurückgelegten 41.083 km einen Nutzungsvorteil von 12.896,48 €.

d) Bei der Schadensberechnung ist nach der [REDACTED] des Bundesgerichtshofs auch [REDACTED] der (nicht realisierte) Restwert des Fahrzeugs zu berücksichtigen (vgl. BGH Urteil vom 26.06.2023 - VI ZR 335/21, Rn. 80).

Der Kläger hat den Restwert mit 45.800 € angegeben (Bl. 255 d. A.). Der Beklagtenvertreter hat in

der mündlichen Verhandlung vom 27.06.2024 ausgeführt, dass nach einer aktuellen Restwertabfrage des Fahrzeugs unter Berücksichtigung des Kilometerstands von 87.383 km der Restwert des Fahrzeugs aktuell bei 50.129,17 € liege. Soweit die Beklagte im letzten Schriftsatz vom 11.07.2024 (Bl. 271 d. A., Anlage BB 10) nun vorträgt, dieser liege bei 64.800 €, ist dem - ungeachtet der Frage der Verspätung - nicht zu folgen. Die vorgelegte Anlage betrifft eine Recherche bei mobile.de, in die auch Faktoren wie Preisvorstellungen des Verkäufers mit einfließen.

Gemäß einer eigenen Wertermittlungsabfrage zum Händlereinkaufspreis nach „SilverDAT“ unter Berücksichtigung des aktuellen Kilometerstandes des Fahrzeugs schätzt der Senat den Restwert auf 47.245 € (wie die Abfrage der Beklagten Bl. 272 d. A., Anlage BB 12).

Nutzungsvorteil und Restwert belaufen sich zusammen auf 60.141,48 €. Damit liegen sie unter dem tatsächlichen Wert des Fahrzeugs beim Erwerb durch den Kläger, der 60.800 € betragen hat. Eine schadensmindernde Anrechnung auf den Vertrauensschaden ist daher nicht vorzunehmen.

e) Soweit die Beklagte meint, das zur Verfügung stehende Software-Update lasse den vermeintlichen Schaden im Wege der Vorteilsausgleichung entfallen, geht dies fehl.

Entgegen der Auffassung der Beklagten reduziert dieses Software-Update nicht signifikant die Gefahr von Betriebsbeschränkungen. Zwar führt das Software-Update nach dem eigenen Vortrag der Beklagten zu einer „Aufweitung“ des Thermofensters. So werde bei betriebswarmen Motor die Rate der Abgasrückführung nach Aufspielen des Updates erst unterhalb von Umgebungslufttemperaturen von ungefähr -10° C und oberhalb von Umgebungslufttemperaturen von ungefähr 40° C schrittweise reduziert. Dies genügt indes nicht.

Dazu, dass die verbleibende temperaturabhängige Steuerung jedenfalls aus Motorschutzgründen gerechtfertigt wäre, lässt die Beklagtenpartei bereits schlüssigen Sachvortrag in Richtung auf die Ausnahmegvorschrift des Art. 5 Abs. 2 Satz 2 lit. a VO (EG) Nr. 715/2007 auch unter Berücksichtigung des Vortrags im Schriftsatz vom 11.07.2024 (Bl. 269 d. A.) vermissen. Zum anderen stellen auch Temperaturen von ca. -10° C noch Bedingungen dar, die bei normalem Fahrzeugbetrieb vernünftigerweise zu erwarten sind.

3.

Der Zinsanspruch beruht auf §§ 288 Abs. 1 S. 1, 291 BGB. Rechtshängigkeit ist durch Zustellung der Klageschrift am 17.03.2022 eingetreten.

4.

Der Anspruch des Klägers ist auch nicht verjährt.

Gemäß § 195 BGB beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre. Sie beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste, § 199 Abs. 1 BGB. Die Kenntnis im Sinne von § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB ist vorhanden, wenn dem Geschädigten die Erhebung einer Schadensersatzklage, sei es auch nur in Form der Feststellungsklage, Erfolg versprechend, wenn auch nicht risikolos, möglich ist (BGH Urteil vom 17.12.2020, VI ZR 739/20).

Vorliegend ist bereits deshalb keine Verjährung eingetreten, weil die Beklagte nicht hinreichend dargelegt hat, wann der Kläger Kenntnis vom Vorhandensein der unzulässigen Abschalteneinrichtung erlangt hat bzw. hätte erlangen müssen. Aus dem Untersuchungsbericht Volkswagen vom 22.04.2016 ergaben sich keine Hinweise auf eine individuelle Betroffenheit des klägerischen Fahr-

zeugs. Auch die diesbezügliche Presseberichterstattung musste für den Kläger – deren Kenntnisnahme unterstellt – keinen Anlass geben, von der Betroffenheit des konkreten Fahrzeugs auszugehen. Gleiches gilt für allgemein gehaltene Aussagen in Geschäftsberichten der Beklagten, zumal die Beklagte bis heute das Vorliegen einer unzulässigen Abschalteneinrichtung in Abrede stellt (vgl. Urteil des OLG Karlsruhe vom 2.2.2024, 4 U 32/22).

5.

Der Antrag auf Erstattung vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten geht ins Leere.

Zum einen hat der Kläger schon nicht ausreichend dargetan, dass er seinen Prozessbevollmächtigten ein auf die außergerichtliche Tätigkeit (zunächst) beschränktes Mandat erteilt hat.

Zum anderen kann allein auf der Grundlage des § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV neben dem Anspruch auf Ersatz des Differenzschadens eine Erstattung vorgerichtlicher Rechtsanwaltskosten nicht verlangt werden (vgl. hierzu bereits Urteil des BGH vom 16.10.2023, VIa ZR 14/22). Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Verzugs der Beklagten mit dem Ersatz des Differenzschadens aus §§ 280 Abs. 1 und 2, 286 BGB liegen in Bezug auf die vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten nicht vor.

II.

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 91 Abs. 1, 92 Abs. 1, 97 Abs. 1, 269 Abs. 3 S. 2 ZPO, die

Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit aus §§ 708 Nr. 10, 713 ZPO.

Die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision nach § 543 Abs. 2 ZPO liegen nicht vor.

gez.

Kahl
Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht

Hartmann
Richterin
am Oberlandesgericht

Laser
Richterin
am Oberlandesgericht

Verkündet am 18.07.2024

gez.

■■■■■, JAng
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Für die Richtigkeit der Abschrift
■■■■■, 18.07.2024

■■■■■, JAng
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Informationsblatt

zum elektronischen Rechtsverkehr

Der elektronische Rechtsverkehr ist seit dem 1. Januar 2019 in Bayern flächendeckend eröffnet. Stetig steigende Eingangszahlen elektronischer Nachrichten sind die Folge und sorgen für eine beschleunigte Verfahrensabwicklung. Um die elektronische Kommunikation weiter zu fördern, versenden auch immer mehr Gerichte über die EGVP-Infrastruktur.

Dieser elektronischen Nachricht ist im vorliegenden Fall ein elektronisches Empfangsbekenntnis (eEB) beigelegt.

Sie werden darauf hingewiesen, dass Sie gesetzlich verpflichtet sind, bei der Rücksendung des elektronischen Empfangsbekenntnisses den strukturierten, maschinenlesbaren

Datensatz, der Ihnen mit dem zugestellten Dokument zur Verfügung gestellt wurde, zu verwenden (§ 173 Abs. 3 S. 2 ZPO). Die Verwendung alter Formblätter, selbst verfasster

Empfangsbekenntnisse per beA, E-Mail, Fax oder Post an das Gericht stellt kein elektronisches Empfangsbekenntnis dar.

Sofern Sie ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA) einsetzen, finden Sie auf Seite 2 dieses Informationsblattes Hinweise zur Abgabe des eEB.

Bitte helfen Sie uns, die elektronische Kommunikation weiter zu etablieren, um auf diesem Weg Druckkosten und zusätzliche Aufwände zu vermeiden.

Vielen Dank!

Hinweise zur Abgabe eines elektronischen Empfangsbekenntnisses (eEB)

Die Rücksendung eines elektronischen Empfangsbekenntnisses (eEB) kann direkt über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) vorgenommen werden.

Hat das Gericht ein eEB angefordert, wird in der geöffneten Nachricht oberhalb des Betreffs der Hinweis **Empfangsbekenntnis angefordert (1)** eingeblendet.

Quelle: Bundesrechtsanwaltskammer

Mit der Schaltfläche **Anzeigen (2)** kann der Inhalt des eEB eingesehen werden, wobei Sie hier lediglich einen technischen Datensatz angezeigt bekommen. Eine gesonderte PDF-Datei wird nicht mit versendet.

Mit der Schaltfläche **Abgabe erstellen (3)** wird die Rückantwort für das Gericht erzeugt.

Nach Eingabe des Zustellungsdatums kann der Datensatz automatisiert elektronisch zurückgesandt werden. Das Gericht erhält innerhalb weniger Minuten diesen Datensatz zur Weiterverarbeitung.

Sollten Sie das eEB nicht abgeben wollen, verwenden Sie bitte die Schaltfläche **Ablehnung erstellen (4)** und begründen Sie diese.

Eine detaillierte Anleitung zum Umgang mit dem eEB können Sie im Übrigen dem Newsletter der Bundesrechtsanwaltskammer Nummer 48/2017 vom 30. November 2017 entnehmen:

https://www.brak.de/fileadmin/05_zur_rechtspolitik/newsletter/bea-newsletter/2017/ausgabe-48-2017-v-30112017.news.html

(Sollte der Link nicht funktionieren, können Sie ihn kopieren und in Ihren Internetbrowser einfügen.)